



Band 8. Die Besatzungszeit und die Entstehung zweier Staaten 1945-1961

Während die vorangehenden Bände auf die schwierige Frage ausgerichtet waren, wie die Deutschen in eine der brutalsten Diktaturen des 20. Jahrhunderts hineingerieten, dreht sich dieser Band um das Problem, wie sie die nationalsozialistische Zeit hinter sich ließen und ihre Wirtschaft und Gesellschaft, ihr politisches System und ihre Kultur wieder aufbauten. Doch bevor wir uns einleitend diesen Problemen und den folgenden Dokumenten zuwenden, ist die Frage nach der Strukturierung dieses Bandes und den Prinzipien, nach denen die Dokumente und historischen Bilder ausgewählt wurden, zu beantworten.

Der Band *Die Besatzungszeit und die Entstehung zweier Staaten 1945-1961* ist in 28 Unterabschnitte aufgeteilt. Diese beginnen mit Dokumenten zu den Planungen der Alliierten während der letzten Kriegsmonate sowie deren ersten Maßnahmen nach der Kapitulation Deutschlands. Es folgen dann Abschnitte, die das Wiedererstehen des politischen und wirtschaftlichen Lebens in Ost- und Westdeutschland behandeln, sowie die großen außen- und innenpolitischen Probleme, mit denen sich die beiden deutschen Staaten zusammen mit den Besatzungsmächten bis hin zum Bau der Mauer im Jahre 1961 auseinandersetzen mussten.

Die erste Hälfte des Bandes beschäftigt sich mit Fragen der Wirtschafts- und Politikgeschichte, Außen- und Sicherheitspolitik sowie Bevölkerungsverschiebungen, während die zweite Hälfte sich stärker auf die Sozial- und Kulturgeschichte sowohl West- als auch Ostdeutschlands konzentriert. Geschlechterfragen und Sexualität, Konsum, Populärkultur und so genannte moderne Lebensstile sind nur einige der behandelten Themen. Der Band schließt mit einer Auswahl von repräsentativen Meinungsumfragen aus Westdeutschland ab. Diese Umfragen stellen insofern einen guten Schlusspunkt dar, als sie ein faszinierendes Bild der Einstellungen der Bevölkerung zu Politik und Wirtschaft, zu Gesellschaft und Kultur bieten.

Angesichts der Tatsache, dass buchstäblich tausende von Dokumenten über die Nachkriegszeit zur Verfügung standen, war es unvermeidlich, dass wir nur sehr selektiv sein konnten. Dies

bedeutet, dass einige Aspekte mit einem oder zwei Schlüsseldokumenten abgedeckt werden, während andere Gebiete – wie etwa das Zivil- und Kriminalrecht – überhaupt nicht erscheinen. Es gibt keinen separaten Abschnitt zur „Vergangenheitsbewältigung“, weil u.E. das Problem der NS-Erbenschaft und der Belastungen durch die Vergangenheit – ähnlich wie auch der Wettbewerb zwischen einer liberal-kapitalistischen Demokratie im Westen und einem Staatssozialismus im Osten – alle Bereiche des Lebens tangierte. Enthalten die schriftlichen Dokumente auch vieles, das für den Prozess des Wiederaufbaus in Ost und West erhellend ist, möchten wir doch auch das statistische und Bildmaterial, das in diesem Band gesammelt ist, zur häufigen Benutzung empfehlen. Nach dieser Zusammenfassung zum Aufbau des Bandes wenden wir uns im Folgenden einer allgemeinen Darstellung der großen Entwicklungen der Nachkriegszeit zu.

1. Die Lage im Jahre 1945

Nach seiner totalen militärischen Niederlage kapitulierte Deutschland am 7. Mai 1945 bedingungslos. In Europa war der Zweite Weltkrieg endlich vorbei, auch wenn er in Asien noch bis in den August hinein andauerte. Über 60 Millionen Menschen hatten den Tod gefunden und die gesamte Region vom Atlantik bis tief in die Sowjetunion hinein war verwüstet. Die überlebenden Bevölkerungen waren physisch und seelisch erschöpft. In Deutschland selbst – dem Land das für so viele der Morde und Zerstörungen verantwortlich war – waren an die sieben Millionen Menschen umgekommen, von denen fast die Hälfte Zivilisten aller Altersstufen waren. Unter den Toten waren mindestens 170.000 deutsche Juden, die im Holocaust systematisch vernichtet worden waren.

Millionen weiterer Menschen waren vermisst oder verstümmelt. Selbst wer keine bleibenden körperlichen oder seelischen Schäden davongetragen hatte, sah sich von einem unglaublichen Chaos umringt, es sei denn man lebte in einer der abgelegenen Gegenden im Westen und Süden des Landes. In den Städten waren Millionen von Familien durch die systematischen alliierten Luftangriffe ausgebombt worden. An die 3,4 Millionen Wohnungen von insgesamt 17,1 Millionen Menschen waren völlig zerstört. Weitere dreißig Prozent des Wohnraums waren schwer beschädigt.

Das menschliche Elend wurde zusätzlich durch die Millionen Menschen verschlimmert, die im Lande herumirrten. 1945 versuchten Mütter, die mit ihren Kindern in ländliche Gegenden

evakuiert worden waren, zu ihren Heimatorten zurückzukehren. Sie mischten sich auf verstopften Straßen und in überfüllten Zügen mit deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen aus dem Osten, die vor der Roten Armee geflohen oder zwangsverwiesen worden waren. Bis Ende der 1940er Jahre stieg ihre Zahl auf elf Millionen. Auf den Straßen oder in Lagern befanden sich auch an die sechs Millionen DPs (*Displaced Persons*). Die meisten von ihnen waren ehemalige Konzentrationslagerhäftlinge oder Zwangsarbeiter, die in den Rüstungsbetrieben und in der Landwirtschaft ausgebeutet worden waren. Schließlich müssen zu diesen Unmengen von verzweifelter Menschen noch Millionen von ehemaligen Wehrmachtsangehörigen hinzugezählt werden, die sich nun auf der Suche nach ihren Familien befanden.

So sehen die Statistiken aus. Es ist sehr viel schwieriger, in wenigen Worten oder selbst in einem längeren Kapitel das ganze Ausmaß der Katastrophe zu beschreiben, die der Zweite Weltkrieg für Europa und für Deutschland bedeutete, auch nachdem Kampf und Massenmord endlich gestoppt worden waren. Während historische Fotos, wie sie in diesem Band enthalten sind, eine ungefähre Vorstellung davon vermitteln, was es bedeutete, diese Katastrophe überlebt zu haben – ausgemergelt, hungrig, krank, verwirrt und hoffnungslos, wie Millionen von Frauen, Männern und Kindern es waren – bleibt ein wahres Verständnis der Situation denjenigen vorbehalten, die sie tatsächlich erlebt haben. Dennoch kann gründliche historische Recherche hier wertvolle Erkenntnisse bringen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig anzumerken, dass die Art, in der verschiedene Aspekte des Übergangs vom Nationalsozialismus zur Nachkriegsordnung in der öffentlichen Debatte dargestellt wurden, über die folgenden Jahrzehnte hinaus umstritten blieb.

Die bedingungslose Kapitulation bedeutete nicht nur, dass die Hitler-Diktatur vernichtet worden war, sondern auch, dass die Souveränität ganz in den Händen der Alliierten lag. Sie waren nun für die Wiederherstellung von Recht und Ordnung, für die Versorgung der Bevölkerung und für die Stabilisierung und den Wiederaufbau des einstigen Feindes verantwortlich.

Dementsprechend handeln auch die ersten Dokumente von den Entscheidungen, welche die Alliierten fällten, als die Niederlage des Dritten Reiches so gut wie sicher war. Gewiss hatten die Planungen für die Nachkriegszeit schon 1941/42 auf den unteren Ebenen begonnen, als bald nach dem Kriegseintritt der Amerikaner abzusehen war, dass die Niederlage der Achsenmächte – Deutschland, Japan und Italien – nur eine Frage der Zeit sein würde. Auf Konferenzen in den Jahren 1943 und 1944 wurden dann die Grundlinien der Nachkriegsordnung auf höchster

Ebene von US-Präsident Franklin Roosevelt, dem britischen Premier Winston Churchill und dem Sowjetdiktator Josef Stalin diskutiert.

Auf diesen Treffen war es relativ leicht, die „negativen“ Kriegsziele zu formulieren, d.h., dass Deutschland entnazifiziert, entmilitarisiert und seine Industrien entkartellisiert und entflochten werden sollten. Es erwies sich als schwieriger, darüber zu einem Konsens zu kommen, was mit dem Land positiv geschehen sollte. Sollte Deutschland als eine wirtschaftliche und politische Einheit behandelt oder in kleinere Teile zerlegt werden? Sollten seine Grenzen dauerhaft verschoben werden? Unter welcher politischen und wirtschaftlichen Verfassung sollten die Deutschen leben und damit verbunden: wie sollte die Demokratisierung bewirkt werden, die so gut wie alle befürworteten?

Angesichts dieser Schwierigkeiten einigten sich die „Großen Drei“ lediglich darauf, Besatzungszonen zu errichten und alle Fragen, die die äußere und innere Gestalt des Landes betrafen, auf ein späteres Datum zu verschieben. Das Bild wurde zusätzlich dadurch komplizierter, dass die „Großen Drei“ sich darauf verständigten, den Franzosen im Südwesten eine eigene Besatzungszone zuzugestehen. Diese wurden damit Teilhaber einer Viermächtekontrolle, die auf der Potsdamer Konferenz im Juli/August 1945 ratifiziert wurde. Berlin, das mitten in der sowjetischen Zone lag, wurde in vier Sektoren aufgeteilt und unter gemeinsame Alliierte Kontrolle gestellt.

Während einige Politiker und Bürokraten im Westen weiterhin hofften, dass das Bündnis mit der Sowjetunion über die Niederlage der Achsenmächte hinaus bestehen bleiben würde, wurde bald klar, dass die Ziele der beiden neuen Supermächte der Nachkriegswelt unvereinbar waren. Ideologische und strukturelle Unterschiede waren die Wurzel der Ost-West-Spaltung, die nun einsetzte. Der amerikanische Kapitalismus und die Grundprinzipien des amerikanischen politischen Systems konnten einfach nicht mit den Axiomen einer hochzentralisierten kommunistischen Planwirtschaft und der stalinistischen „Diktatur des Proletariats“ in Einklang gebracht werden.

Einige Wissenschaftler haben argumentiert, dass der Antagonismus zwischen dem Westen und dem bolschewistischen Russland bereits seit 1917 bestanden habe, als Lenin die Macht ergriff und seine „Neue Ordnung“ durchsetzte. Trotzdem kam 1941 das Bündnis zustande und die alten Spannungen brachen erst 1945/46 erneut durch. Die Konfrontation zwischen den beiden

Supermächten verschärfte sich, und beide Seiten beschlossen, ihre jeweiligen Territorialgewinne zu konsolidieren. Diese Gewinne waren das Ergebnis der Weigerung Hitlers, den Kampf einzustellen, als die Alliierten Truppen deutschen Boden erreichten. So kam es, dass Europa in zwei Blöcke aufgeteilt wurde. Die Grenze – die bald als Eiserner Vorhang bezeichnet wurde – verlief mitten durch Deutschland entlang der Grenze zwischen der sowjetischen Zone einerseits und der britischen im Norden und der amerikanischen im Süden andererseits (siehe Karte mit Zoneneinteilung).

Was den Ost-West-Konflikt nach 1947 weiter so stark verschärfte, dass er gar in einen tatsächlichen Krieg umzuschlagen drohte, war die wachsende Wahrnehmung einer gegenseitigen Bedrohung. Im Westen glaubte man, Stalins Russland sei auf Expansion ausgerichtet und entschlossen, das übrige Europa westlich des Eisernen Vorhangs militärisch zu erobern. Um dieser Bedrohung zu begegnen, begann der Westen eine Politik der Eindämmung zu verfolgen, die 1949 schließlich in der Gründung der NATO als einem sehr engen militärischen Schutzbündnis gipfelte. Dies sollte das machtpolitische Gegengewicht gegen die vermuteten Angriffspläne des sowjetischen Diktators sein. Umgekehrt betrachtete Stalin die Vereinigten Staaten als eine kapitalistisch-imperialistische Macht, die ihr eigenes politisches und Wirtschaftssystem nach Osten ausdehnen wolle. Die Folge war eine Vertiefung der Ost-West-Teilung entlang des Eisernen Vorhangs und die allmähliche Errichtung zweier, sich feindlich gegenüberstehender deutscher Staaten. Bis zum Jahre 1949 war aus den drei Westzonen ein neuer Staat, die Bundesrepublik Deutschland, entstanden, während die Sowjetzone zur Deutschen Demokratischen Republik (DDR) umgestaltet wurde.

Seitdem wurde der Eiserner Vorhang zu einer zunehmend befestigten und bewachten Grenze ausgebaut. Zu den NATO-Kräften auf der westlichen und der Roten Armee auf der östlichen Seite kamen deutsche Polizei- und Grenzschutz-Kontingente. Angesichts der wachsenden Spannungen wurde die Grenze immer undurchdringbarer, bis im August 1961 in Berlin schließlich vom DDR-Regime mit Billigung des Kremls eine durch ganz Berlin laufende Mauer gebaut wurde. Die Zonengrenze im Westen wurde mit ihren Stacheldrahtverhauen und anderen Anlagen ebenfalls abgeriegelt. Der Versuch, von Ostberlin über die Mauer nach Westen zu fliehen, endete für viele, die aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen die DDR verlassen wollten, mit tödlichen Schüssen.

Unter diesen Umständen funktionierte die Alliierte Zusammenarbeit bestenfalls bis 1947. Aber selbst während dieser frühen Nachkriegsjahre war sie meist darauf beschränkt, die in Jalta und Potsdam vereinbarten „negativen“ Friedensziele zu verwirklichen. Selbst bei der Frage, wie man das Land am besten von den Nazis befreien könnte, gab es Meinungsverschiedenheiten. Von November 1945 bis Oktober 1946 kooperierten die Alliierten im Nürnberger Prozess während der Anklage und Aburteilung der Hauptkriegsverbrecher aus Partei, Bürokratie, Wehrmacht und Industrie. Dies blieb jedoch das einzige Beispiel alliierter Kooperation bei der Verfolgung von Kriegsverbrechern. Bald darauf sollte es ein amerikanisches Militärtribunal – kein internationales – sein, welches das Verfahren gegen NS-Ärzte wegen ihrer Beteiligung an Verbrechen gegen die Menschlichkeit eröffnete.

Inzwischen wurden Millionen von deutschen Durchschnittsbürgern dem Prozess der Entnazifizierung unterzogen. In den Westzonen musste jeder Erwachsene einen langen Fragebogen ausfüllen, auf dem alle ihre politischen Tätigkeiten vor und während des Dritten Reiches angegeben werden mussten. Sie wurden dann vor eine unter Alliierten Aufsicht stehende Spruchkammer zitiert, die sie – abhängig vom Grad ihrer Kollaboration mit dem Regime – in eine von mehreren Kategorien einstuft: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete.

Zu diesen Vorgängen ist die Lektüre der Denkschrift „Der aktuelle Stand der Entnazifizierung“, die der amerikanische Hochkommissar in Deutschland, John J. McCloy, im Dezember 1950 rückblickend anfertigte, sehr erhellend. Er spricht darin über die Praxis und die Resultate, die seiner Meinung nach ein Programm erzielte, das viele Deutsche mit Zynismus und die Westalliierten mit Unzufriedenheit betrachteten. In der Sowjetzone gelang es den Verantwortlichen, den Eindruck zu erwecken, als seien sie in Sachen Entnazifizierung gründlicher als die Westalliierten. Das sowjetische Programm entließ viele Lehrer und Dozenten, die Nazis gewesen waren, doch ihre Maßnahmen richteten sich vor allem gegen die Grundbesitzer sowie die großen und kleinen Unternehmer. Sie waren es vermeintlich, die – im Einklang mit der stalinistischen Kapitalismustheorie – Hitler an die Macht gebracht hatten und auch in den Jahren darauf die Drahtzieher hinter den Kulissen gewesen waren. Sofern diese Eliten nicht verhaftet und abgeurteilt wurden, wurde ihr Besitz konfisziert. Die Güter wurden z.T. an kleine Landwirte verteilt; Industrie- und Handelsunternehmen wurden verstaatlicht.

2. Wirtschaft und Politik in den beiden deutschen Staaten

Mit der Errichtung des Eisernen Vorhangs begannen die Sowjets einerseits und die Westmächte andererseits ihre Besatzungszonen nach den jeweils eigenen Prinzipien von Wirtschaft und Politik zu organisieren. Gleichzeitig förderten sie die Errichtung zweier unterschiedlicher Verfassungsordnungen. In Westdeutschland wurde eine liberale Demokratie im Grundgesetz festgeschrieben, das vom Bundestag in Bonn, der neuen westdeutschen Hauptstadt, 1949 ratifiziert wurde. Im selben Jahr verkündete eine von den Sowjets eingesetzte kommunistische Regierung eine Verfassung, die auf dem Papier zwar dem Grundgesetz ähnlich war; doch wurde diese Verfassung durch die polizeistaatlichen Methoden des von dem Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei (SED), Walter Ulbricht, angeführten Regimes fortwährend verletzt.

Auf wirtschaftlichem Gebiet zeigte die westliche Stabilisierungspolitik, die mit Hilfe der Westalliierten und materieller Unterstützung der Amerikaner in Angriff genommen worden war, 1948 mit der Währungsreform erste Erfolge. Durch die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien und des kapitalistischen Wettbewerbs wurde das latente Potenzial der westdeutschen Industrie entfesselt. Es entfaltete sich das sogenannte „Wirtschaftswunder“ der fünfziger Jahre unter der Führung von Ludwig Erhard, der in der frisch gewählten Regierung mit dem Christdemokraten Konrad Adenauer als Kanzler das Wirtschaftsministerium übernahm. Seine Politik kurbelte die Produktion weiter an, schaffte Arbeitsplätze und versorgte die Bevölkerung mit Konsumgütern, von denen sie seit Jahren geträumt hatte. Trotz Erhards Liberalismus war dies jedoch keine Wirtschaft, die sich ausschließlich auf die Dynamik der Marktkräfte verließ. Die Bundesrepublik verfügte zudem über ein soziales Netz, das für die Millionen von Kriegswitwen, Waisen, ehemaligen Soldaten, Flüchtlingen und anderen, die viel oder alles verloren hatten, Unterstützung bot.

Ein Gesetz, das aufgrund von Artikel 131 des Grundgesetzes eingeführt wurde, belebte die Pensions- und Anstellungsansprüche von Beamten und Berufssoldaten, die durch die Alliierten suspendiert worden waren. Die Ratifizierung des Lastenausgleichsgesetzes im Jahre 1951 beinhaltete den Versuch, Vermögen von denjenigen, die ihr Eigentum über den Krieg hinwegretten konnten, umzuverteilen auf Familien, die kriegsgeschädigt waren. Auch die Bemühungen um eine Wiedergutmachung für Familien, die von den Nazis enteignet und zur

Flucht gezwungen worden waren, ist in diesem Zusammenhang zu sehen, so inadäquat die Zahlungen auch waren. Insgesamt bestand aber jetzt die Hoffnung, dass Vollbeschäftigung und „Wohlstand für alle“ (Ludwig Erhard) auf längere Sicht auch die enormen sozialen Probleme lösen würden, die der Krieg hinterlassen hatte. Man ging davon aus, dass sich damit auch die wohlfahrtsstaatlichen Ausgaben stabilisieren würden, die jeden Bürger gegen Krankheit, Unfall und Arbeitslosigkeit und im Alter absicherten. Im Artikel 20 des Grundgesetzes war niedergelegt, dass die Gesamtgesellschaft unter der unabänderbaren Verpflichtung stand, die Bundesrepublik als „demokratischen und sozialen Bundesstaat“ zu erhalten.

Hilfreich dabei, den sozialen Frieden wiederherzustellen und zu erhalten sowie ein allgemeines Anwachsen des Wohlstandes zu fördern, war außerdem die Tatsache, dass eine wachsende Anzahl der Westdeutschen nicht zu den Klassenkonflikten der zwanziger Jahre zurückkehren wollte. Selbst Gewerkschaftsmitglieder unterstützten einen reformistischen Trend, der sich auf eine Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen innerhalb der Rahmenbedingungen einer kapitalistischen Marktwirtschaft konzentrierte. Wenn die Streikneigung und -häufigkeit in den fünfziger Jahren daher gering waren, so hing dies auch mit einer besonderen Institution der Arbeitsbeziehungen, der Mitbestimmung, zusammen. In der Kohle- und Stahlindustrie ging diese sogar so weit, dass dort ein „Arbeitsdirektor“ im Vorstand saß, der an allen Unternehmensentscheidungen gleichberechtigt beteiligt war. Zudem waren Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch im Aufsichtsrat unter einem neutralen Vorsitzenden vertreten. Das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 dehnte dieses System allerdings nicht auf die Großunternehmen aller Branchen aus, wie die Gewerkschaften es sich 1950/51 erhofft hatten. Doch als das Gesetz in seiner reduzierten Form schließlich in Kraft trat, waren darin zumindest einige Gewinne für die Arbeitnehmer enthalten. Die Belegschaft wählte ihren Betriebsrat, mit dem der Vorstand sodann gerade auch in Fragen von geplanten Entlassungen und Betriebsverlagerungen zur Zusammenarbeit verpflichtet war.

Im Jahr 1955 war die Sorge über die zukünftige Verfügbarkeit von Arbeitskräften so stark, dass die westdeutsche Regierung einen ersten Vertrag über die Anwerbung von Gastarbeitern mit Italien schloss. In den folgenden Jahrzehnten wurden ähnliche Verträge mit Spanien und Griechenland (1960) und der Türkei (1961) geschlossen. Westdeutsche Politiker betonten die wirtschaftliche Natur dieser Verträge, sahen sie aber auch als Möglichkeiten, ihre Bereitschaft zur Kooperation mit einer Reihe internationaler Partner zu beweisen.

Die ostdeutsche Regierung sah sich ebenfalls mit dem Problem konfrontiert, aus den Trümmern von 1945 eine dynamische Wirtschaft zu schaffen, die die Hoffnungen der Bevölkerung auf ein besseres Leben zu erfüllen imstande war. Vor dem Hintergrund der Stalinisierung Ostdeutschlands konnte das Ulbricht-Regime selbstverständlich nur daran denken, den Wiederaufbau mit Hilfe einer zentralisierten Planwirtschaft anzugehen, nachdem die Privatunternehmer enteignet worden waren. Neben der Verstaatlichung der Industrie begann Ost-Berlin auch mit der Kollektivierung der Landwirtschaft und der Sozialisierung des Groß- und Einzelhandels. Bis 1953 produzierte dieses System so viele Widersprüche, Ungleichheiten, gebrochene Versprechen und Fehlplanungen sowie soviel Ärger und Wut in der Bevölkerung, dass hier eine der wichtigsten Ursachen für die Aufstände vom 17. Juni 1953 lag, wie die entsprechenden Dokumente zu dieser Krise zeigen.

Die Wiederzulassung von politischen Parteien und demokratische Wahlen auf der Lokal- und Regionalebene hatten schon vor der Gründung der beiden deutschen Staaten zur Belebung einer zivilen Infrastruktur geführt. Soweit es Westdeutschland betraf, erweist die Analyse der im statistischen Teil wiedergegebenen Wahltabellen ebenso wie der Meinungsumfragen, dass das parlamentarisch-demokratische System noch keineswegs gefestigt war. Das erste Adenauer-Kabinett musste noch eine Reihe kleiner Parteien in die Regierung nehmen, um die erforderliche Bundestagsmehrheit zu erreichen. Es gab zuerst noch viele verbitterte Wähler, die für die Parteien der radikalen Rechten oder Linken stimmten. Die Propaganda einiger dieser Parteien war so extrem, dass sich die Frage ihrer Verfassungsmäßigkeit erhob. Im Jahre 1952 wurde die neonazistische Sozialistische Reichspartei (SRP) verboten. Vier Jahre später erklärte das Bundesverfassungsgericht auch die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) für verfassungswidrig.

Gleichwohl wurden immer mehr Bürger mit der Bundesrepublik versöhnt und waren bereit, die großen Parteien der Mitte zu unterstützen. Dieser Umschwung war nicht zuletzt auch auf die erfolgreiche Wirtschaftspolitik Erhards zurückzuführen, die den Westdeutschen die erhoffte Verbesserung ihres Lebensstandards lieferte. Währenddessen wurde das Mehrparteiensystem in Ostdeutschland insofern immer unbedeutender, als das Ulbricht-Regime seinen Stalinisierungskurs fortsetzte und die DDR praktisch zu einem Einparteienstaat umformte.

Nicht vergessen werden sollte zudem, dass der sich verschärfende Kalte Krieg auch politischen Zusammenhalt gegen die andere Seite erzeugte. In Westdeutschland lösten die Furcht vor

einer sowjetischen Invasion und der Ausbruch des Korea-Krieges 1950 eine lange Debatte über den Wert des Schutzschildes der NATO aus, dessen Wirksamkeit teilweise auf dem Abschreckungseffekt von Atomwaffen beruhte. Zudem diskutierte man die Frage, ob die Bereitstellung konventioneller westdeutscher Truppen die Bundesrepublik gegen einen Angriff aus dem Osten sicherer mache. Das Carte Blanche-Manöver von 1955 bewies sehr drastisch, wie Westdeutschland aussehen würde, sollte es je zum Einsatz von taktischen Nuklearwaffen kommen. Am Ende wurde der starke Widerstand gegen die westdeutsche Wiederaufrüstung jedoch überwältigt. 1955 wurde die Bundesrepublik Mitglied der NATO. Ulbricht hatte derweil seit den frühen fünfziger Jahren eine paramilitärische Volkspolizei aufgebaut, und die DDR wurde 1955 in den sowjetisch gesteuerten Warschauer Pakt aufgenommen.

Mit der Integration der beiden deutschen Staaten in die jeweiligen Blöcke wurde gleichzeitig die Verfestigung der Teilung des Landes immer klarer. In den fünfziger Jahren gab es oft hitzige Diskussionen, ob und unter welchen Bedingungen die nationale Einheit wiedergewonnen werden könne. Einen ersten Höhepunkt erreichte diese Debatte 1952, als Stalin unerwartet eine Wiedervereinigung der beiden Teilstaaten unter der Voraussetzung vorschlug, dass die Adenauer-Regierung ihre Pläne zur Wiederbewaffnung und zur Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis aufgebe. Es ist möglich, dass der sowjetische Diktator nicht wirklich erwartete, dass der Westen auf diese Offerte eingehen würde. Auch später blieb Berlin mit seinen vier Sektoren der Spannungsherd, zu dem die Stadt seit der Blockade durch die Russen 1948 geworden war und der in den Krisen der späten fünfziger Jahre weiterschwelte, bis der Bau der Mauer eindeutige Verhältnisse schaffte.

3. Die Rekonstituierung der deutschen Gesellschaft

Die von den Alliierten sowie den beiden deutschen Staatsführungen ausgeübte Politik nach 1945 und der Wiederaufbau des wirtschaftlichen und politischen Lebens sind nicht die einzigen Themen, die eine genauere Betrachtung verdienen. Es gilt, auch die gesellschaftlichen Veränderungen und die vielen dadurch aufgeworfenen Fragen zu betrachten. Wie bewältigten sowohl die gesellschaftlichen Eliten als auch die deutschen Durchschnittsbürger das Chaos von 1945? Was wurde aus den Gesellschafts- und Familienstrukturen des Landes? Und was geschah mit dem kulturellen Leben im weitesten Sinne?

Gelegentlichen Besuchern des besetzten Deutschland, die auf den physischen, psychischen und moralischen Trümmerhaufen blickten, der Mitteleuropa im Sommer 1945 war, ist es nachzusehen, dass sie glaubten, das Land befinde sich mitten in einer sozialen Revolution und dass dies die „Stunde Null“ sei. Das Bild war jedoch trügerisch. Die sozialen Strukturen erwiesen sich als recht beständig, ebenso wie die kulturellen Einstellungen und Praktiken. Die Auswirkungen der NS-Diktatur und des Krieges waren ohne Zweifel tiefgreifend, sie resultierten jedoch nicht in einer *tabula rasa*. Betrachtet man beispielsweise rein quantitativ das, was Soziologen die „Zirkulation der Eliten“ nennen, so wird deutlich, dass die Fluktuation tatsächlich weitaus geringer war, als menschliche Verluste und Kriegszerstörungen die Zeitgenossen anfangs hatten glauben lassen. Von einem stärker qualitativ orientierten Gesichtspunkt betrachtet, ergibt sich ein Bild, dass angesichts dessen, was die deutsche Gesellschaft soeben überstanden hatte, so komplex wie verblüffend ist.

Es ist nicht überraschend, dass die Zeitgenossen die unmittelbaren Nachkriegsjahre in Deutschland als eine große Krisenzeit empfanden. Ihre Perspektiven wurden jedoch von ihren eigenen politischen Ansichten und Kriegserfahrungen geformt und unterschieden sich daher stark voneinander. In den westlichen Besatzungszonen – besonders der amerikanischen – bestanden jüdische DPs, von denen der Großteil aus Mittel- und Osteuropa stammte, auf getrennten DP-Lagern, da sie glaubten, diese würden es ihnen ermöglichen, sich wieder jüdische Existenzen aufzubauen, eine Aufgabe, die sie sowohl persönlich als auch politisch verstanden. Jüdische Organisationen forderten vehement eine Verbesserung der Lagerbedingungen und die Ausstellung von Visa, die eine Emigration aus Deutschland ermöglichen würden. Jüdische Männer und Frauen, von denen die meisten ihre Familien durch den Genozid der Nazis verloren hatten, gingen neue Beziehungen ein und heirateten so schnell, dass es für alliierte Beobachter oft verstörend war. Bald darauf folgte ein wahrhafter jüdischer *Baby Boom*. Während der folgenden Jahre sollte es nur eine sehr kleine jüdische Gemeinde sein, die sich in Deutschland, hauptsächlich im Westen, ansiedelte oder wiederansiedelte. In beiden deutschen Staaten sahen Juden sich weiterhin sowohl mit Antisemitismus als auch Forderungen nach völliger Assimilation konfrontiert.

Die Geburtenrate nichtjüdischer Deutscher war in den unmittelbaren Nachkriegsjahren und bis in die 1950er Jahre hinein wesentlich niedriger. Die Gründe hierfür liegen in einer Vielzahl von Faktoren, beispielsweise waren viele Frauen in gebärfähigem Alter Kriegswitwen und konnten – oder wollten – nicht unmittelbar einen neuen Partner finden. Zudem scheiterten viele Ehen, die

den Krieg überstanden hatten, in der Nachkriegszeit, als wirtschaftliche und soziale Härten die Scheidungsraten hochschnellen ließen. Bis in die späten 1940er Jahre konnten Frauen jeglicher ethnischen Herkunft in allen Besatzungszonen von einer Notfall-Abtreibungsregelung Gebrauch machen, die in Reaktion auf die erschütternd hohe Zahl von Vergewaltigungen (besonders durch sowjetische Soldaten) am Kriegsende getroffen worden war. Einige Neugeborene wurden misstrauisch beäugt, besonders uneheliche Kinder oder die Kinder deutscher Frauen und afroamerikanischer Soldaten. Die öffentliche Diskussion über die verschiedenen Probleme, mit denen diese „Mischlingskinder“ in der Zukunft konfrontiert sein würden, machte deutlich, dass viele Deutsche Schwierigkeiten hatten, sich ihre Mitbürger anders als mit weißer Hautfarbe vorzustellen – und dies zu einer Zeit, als viele in der Folgezeit des NS-Rassismus auf eine farbenblinde Gesellschaft hofften.

Im Oktober 1945 wurde das Fraternisierungsverbot zwischen Besatzungstruppen und deutscher Bevölkerung aufgehoben. Beziehungen zwischen deutschen Frauen und alliierten Soldaten, besonders amerikanischen GIs, trugen bei vielen Deutschen zu einer Krisenwahrnehmung bei, einem Gefühl, dass die deutschen Männer als Versorger und Beschützer versagt hätten und die deutschen Frauen sich nun in ihrem Bedürfnis nach materieller Sicherheit den Ausländern zuwandten. In den 1940ern war der Kampf um Mangelware wie Nahrung und Wohnraum hart und drückte sich häufig in Feindseligkeit der ethnisch Deutschen gegenüber bestimmten Gruppen (z.B. den Millionen von *Displaced Persons*) und Maßnahmen der Alliierten aus. Zu diesen gehörten die Beschlagnahmung von Wohnraum sowie örtliche Rationierungssysteme, die Verfolgung im Nationalsozialismus in Betracht zogen.

Die Situation wurde zusätzlich durch eine Entwicklung kompliziert, die viele als den Zusammenbruch traditioneller Geschlechterrollen wahrnahmen. Frauen leisteten einen Großteil der Arbeit beim Aufräumen der zerstörten Städte und ernährten gleichzeitig ihre Familien; in den folgenden Jahren wurden besonders in Westdeutschland diese sogenannten „Trümmerfrauen“ für ihre Tapferkeit und Unabhängigkeit verehrt. Allerdings wurden selten Fragen danach gestellt, was diese Frauen vor dem Mai 1945 getan hatten. Ebenso wenige Gedanken machte man sich außerdem darüber, was sie in der Zukunft tun würden, d.h. ob sie eifrig in ihre traditionelle Hausfrauenrolle in sogenannten „normalen“ Familien zurückkehren würden.

Die physische und mentale Gesundheit der Kriegsheimkehrer und ihre Reintegration in die Gesellschaft bereiteten vielen Politikern und Psychologen Sorge. Für einige Westdeutsche war dieses Problem 1955 gelöst, als die letzten Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion kamen. Die „Heimkehrer“ wurden wiederholt als Männer dargestellt, die furchtbare Notlagen überlebt hatten, ohne ihre Männlichkeit oder die Bindung an ihre Familie zu opfern. In Ostdeutschland weckten die Kriegsheimkehrer zunächst Bedenken hinsichtlich ihrer politischen Zuverlässigkeit, wurden jedoch schon bald als „Staatsväter“ dargestellt, als Männer, die erfolgreich zur sozialistischen Sache übergetreten waren.

Die Verfassungen der beiden deutschen Staaten verliehen Männern und Frauen gleiche Rechte, doch die beiden politischen Systeme nährten verschiedene Geschlechtermodelle. In Ostdeutschland veranlassten sozialistische Prinzipien und praktische Realitäten die Regierung dazu, weibliche Erwerbstätigkeit zu fördern. Einerseits spielte die Beteiligung an der Arbeitswelt laut allgemeiner sozialistischer Überzeugung eine wichtige Rolle bei der Emanzipation der Frauen. Andererseits gab es jedoch auch einen Arbeitskräftemangel, ganz zu schweigen von den niedrigen Witwenrenten. Um die weiblichen Arbeitnehmer zu unterstützen, begann die ostdeutsche Regierung ab den 1950er Jahren, Kindertagesstätten bereitzustellen.

Westdeutschland verfolgte ein anderes Modell. Hier propagierten die Führungseliten die sog. „Hausfrauenehe“ – eine Ehe, in welcher der Mann Alleinverdiener und Versorger war. Für die Konservativen reflektierte diese Art der Ehe die Werte des „Abendlandes“, in denen sie ein Gegengewicht zu Nationalsozialismus, Staatssozialismus und amerikanisch geprägtem „Materialismus“ und Konsumdenken sahen. Doch das „Hausfrauenmodell“ war weit entfernt von der Realität von Millionen Westdeutscher, nicht nur, da viele Frauen gezwungen waren, die Familie zu ernähren, sondern auch, weil eine steigende Zahl von Frauen mit Kindern im schulpflichtigen Alter erwerbstätig waren, um während des „Wirtschaftswunders“ zum Familieneinkommen beizutragen. Die verfassungsmäßige Forderung nach Geschlechtergleichstellung erforderte die Revision einiger Artikel des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB), was zu einer ausgedehnten öffentlichen Debatte und mehreren Gerichtsverfahren führte. Das Gleichberechtigungsgesetz von 1958 brachte wichtige Veränderungen zum Positiven für die Frauen: es schaffte beispielsweise das automatische Recht des Ehemannes ab, Eigentum, das durch die Frau in die Ehe eingebracht wurde, zu verwalten. In negativer Hinsicht bestätigte es allerdings auch die entscheidende Rolle des Ehemannes bei Auseinandersetzungen über die Kinder. (Dieser Artikel wurde vom

Verfassungsgericht 1959 abgeschafft.) Obwohl somit Schritte hin zu einer rechtlichen Gleichstellung unternommen worden waren, beschäftigte die Frage, ob Frauen tatsächlich auf dem Weg zu beruflicher Gleichberechtigung mit Männern waren, die Deutschen in Ost und West weiterhin, und verschiedene Fragen wie z.B. die Aufgabenverteilung bei der Kindererziehung und Haushaltsführung mussten in der Praxis noch gelöst werden. Bedenken sowohl hinsichtlich der Geburtenrate als auch der Moralvorstellungen führten außerdem bis zu den 1960er und 1970er Jahren zu strengen Abtreibungsregelungen in beiden deutschen Staaten.

Der gesellschaftliche Wiederaufbau in Nachkriegsdeutschland ging über die Sphären von Familie und Gemeinschaft hinaus und schloss breiter angelegte Anstrengungen zur Verarbeitung der NS-Vergangenheit mit ein. Die Tatsache, dass diese Anstrengungen sich in Ost und West stark unterschieden, ist in großem Maß auf den Kalten Krieg zurückzuführen. In seiner Eigenschaft als sozialistischer Staat betrachtete sich Ostdeutschland als *ex definitionem* antifaschistisch. Insofern konnte es – zumindest der Ansicht der ostdeutschen Führungsriege nach – nicht als Nachfolgestaat des Deutschen Reiches unter Hitler gesehen werden. Dieser Titel wurde nur zu gern Westdeutschland überlassen. Die dortige politische Führung schlug bei der Vergangenheitsbewältigung einen anderen Weg ein und verpflichtete ihren Staat zu Maßnahmen der „Wiedergutmachung“. So wurden von der Bundesrepublik in den 1950er Jahren beispielsweise Reparationszahlungen an Israel geleistet und am 29. Juni 1956 das Bundesentschädigungsgesetz verabschiedet. Das Gesetz schuf die Grundlage für Entschädigungszahlungen an Einwohner Westdeutschlands, die von den Nationalsozialisten aus rassistischen oder politischen Gründen verfolgt worden waren. Die Durchführung dieser Maßnahmen wurde jedoch häufig von bürokratischer Trägheit behindert. Zudem berücksichtigten sie eine ganze Bandbreite von Menschen nicht, die im Dritten Reich verfolgt oder misshandelt worden waren, wie ausländische Zwangsarbeiter, Sinti und Roma, Homosexuelle und sog. „Asoziale“.

In der DDR wurde die Kollektivierungs- und Verstaatlichungspolitik, von der behauptet wurde, sie merze den Nationalsozialismus aus und schaffe soziale Gerechtigkeit, zunächst von der sowjetischen Besatzungsmacht ausgeführt und später von der ostdeutschen politischen Führung. Die Bundesrepublik verfolgte eine umstrittene, Jahrzehnte andauernde Politik des „Lastenausgleichs“ mit dem Ziel, ein Gleichgewicht zwischen denjenigen Deutschen zu schaffen, denen ihr Besitz geblieben war und denen, die als Folge des Krieges Eigentum

verloren hatten, was auch die Vertriebenen einschloss. Die Zahlungen in diesen Topf liefen letztlich auf eine langfristige Besteuerung der Besitzstände hinaus und obwohl sie anfangs als Belastung empfunden wurden, waren sie doch so konzipiert, dass sie das Grundkapital nicht berührten. Kritiker des Gesetzes wiesen darauf hin, dass auch ehemalige Nazis von den Zahlungen profitieren konnten, die von der Regierung an diejenigen geleistet wurden, die während des Krieges Eigentum verloren hatten.

Zeitgenössische westdeutsche Soziologen wie Helmut Schelsky stellten bei ihrer Untersuchung der Gesellschaft eine Verminderung der Klassenunterschiede fest, welche sowohl dem kriegsbedingten Eigentumsverlust als auch dem Wohlstand der Nachkriegszeit zugeschrieben wurde. Solche Feststellungen mögen überzogen erscheinen, insbesondere, da im Hinblick auf Wohlstand und Bildungsniveau auch weiterhin beträchtliche Unterschiede bestanden. Dennoch veränderten sich die Klassenunterschiede in Deutschland tatsächlich. So wurde es beispielsweise für männliche Arbeitnehmer zunehmend üblich, ein „Familieneinkommen“ zu verdienen (d.h. ein Einkommen, von dem sie eine Frau und Kinder ernähren konnten). In ihrem Godesberger Programm von 1959 wandte sich die SPD – die Partei mit den engsten Bindungen an die Gewerkschaften, die in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts für das Familieneinkommen gekämpft hatten – von jeglicher Verstaatlichung der Industrie ab und akzeptierte stattdessen den Kapitalismus als wirtschaftliche Rahmenbedingung. Mit der stärkeren Teilhabe der Arbeiterschaft an der Konsumgesellschaft verloren die Arbeitervereinigungen an Bedeutung. Zudem begannen sich die Beschäftigungsmuster von gewerblicher Arbeit und Landwirtschaft in Richtung Dienstleistungssektor und Beamtentum zu verschieben. Während ein großer Teil des Bürgertums gegenüber der „Massengesellschaft“ und „Massenkultur“ äußerst pessimistisch blieb, folgten die Geschäftsleute ihren amerikanischen Kollegen und akzeptierten sowohl Wettbewerb als auch Massenproduktion und -konsum.

4. Kultur

In der Debatte über die moralischen Grundlagen der beiden neuen deutschen Staaten beschäftigten sich die Zeitgenossen eingehend mit Religion und Kultur. Obwohl viele Kirchenoberhäupter dem NS-Regime Beihilfe geleistet hatten, gelang es der katholischen und protestantischen Kirche in Westdeutschland, sich nach dem Untergang des Dritten Reichs als moralische Instanzen zu positionieren. Sie versuchten, sexuellen Konservatismus als

Grundpfeiler des „Abendlandes“ zu stärken und schimpften gegen kulturelle Produkte, die diesem Ziel zuwiderliefen (z.B. bestimmte Filme, Musik oder Tänze). So saßen Kirchenvertreter in der westdeutschen Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) und behielten ebenfalls ein Maß an Einfluss auf die Schulbildung in vielen Bundesländern. In der ostdeutschen Führungsriege herrschte Misstrauen gegenüber den Kirchen. Als Ausdruck des Wettstreits mit den Kirchen um die Loyalität der Jugendlichen setzte die DDR-Führung die Jugendweihe (ein staatliches Ritual, bei dem die Jugendlichen dem Sozialismus die Treue schwören) als säkulare Alternative zur religiösen Konfirmation durch.

Die Unterschiede zwischen Schulen und Universitäten in Ost und West, wie auch die anderer Institutionen, verschärften sich während des Kalten Krieges besonders deutlich. Eines der Hauptziele des Staatssozialismus bestand darin, das ostdeutsche Bildungssystem für die Arbeiter- und Bauernkinder zu öffnen. In Westdeutschland reproduzierte das Bildungssystem die Unterschiede zwischen bürgerlichen und Arbeiterfamilien (zumindest bis in die 1960er Jahre) und wirkte insofern kontraproduktiv zu anderen westdeutschen Institutionen, die zu einer Umdeutung der Klassenunterschiede in der Nachkriegszeit beitrugen.

In beiden deutschen Staaten beschäftigten sich die Intellektuellen mit dem Erbe des Nationalsozialismus und der Frage deutscher Verantwortung. Seit den 1950er Jahre betonten zahlreiche westdeutsche Historiker, Schriftsteller und Kulturschaffende im Bereich der Populärkultur das Bild der Deutschen als Opfer von Krieg, Vertreibung, Deportation und Gefangenschaft. Insbesondere im Westen schien der Ruf nach einem vereinten Europa ein gesundes Gegenmittel zu den Auswüchsen des deutschen Nationalismus. Die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ließ unter dem Druck des Kalten Krieges zwar nach, doch die Deutschen diskutierten dennoch die Art und das Ausmaß der deutschen Verantwortung für die NS-Verbrechen.

Ostdeutsche Intellektuelle und Künstler, von denen viele auf den Aufbau einer demokratischeren Kultur hofften, erfuhren mehrere Wellen starker Unterdrückung, die oft durch Entwicklungen in der Sowjetunion ausgelöst wurden. So veranlasste beispielsweise in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren die scharf geführte Formalismusdebatte in Literatur, Musik und bildenden Künsten zahlreiche Künstler und Kulturschaffende, zu einer Zeit, als die Berliner Sektorengrenze noch durchlässig war, in den Westen zu gehen. In ihrem Bestreben, die Entwicklung eines „neuen Menschen“ darzustellen – und zu fördern – unterstützten die

ostdeutschen Behörden ebenso wie ihr sowjetisches Gegenüber den Sozialistischen Realismus, einen erhabenen heroischen Stil, der sich aus dem Realismus und Neoklassizismus des 19. Jahrhunderts entwickelte. Beide deutschen Staaten erhoben Anspruch auf das klassische Erbe Goethes, Schillers und Beethovens. In den 1950er Jahren hatte Westdeutschland außerdem zahlreiche moderne Künstler der Wilhelminischen Zeit sowie die Avantgarde der Weimarer Republik in seinen offiziellen kulturellen Kanon aufgenommen und dabei in vielen Fällen übersehen, dass viele dieser Künstler Verbindungen zur extremen Linken gehabt hatten. Der Abstrakte Expressionismus, ein Malerei-Stil der sich in den 1940er Jahren in New York entwickelt hatte, wurde in Westdeutschland anfangs abgelehnt, sollte jedoch bald zum bevorzugten Stil der dortigen Künstler werden. Dieser scheinbar unpolitische abstrakte Stil befand sich in deutlichem Kontrast zu den figurativen Kompositionen und expliziten politischen Visionen des Sozialistischen Realismus. Die Förderer des Abstrakten Expressionismus glaubten jedoch, dass dieser eine Botschaft von Freiheit und Autonomie vermittele – eine Botschaft, die, wenn auch subtiler, keineswegs weniger politisch war.

In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre forderte das ostdeutsche Regime die Schriftsteller auf, den „Bitterfelder Weg“ einzuschlagen. Diese von der Partei finanzierte Initiative sollte Mitglieder der Intelligenz mit dem Leben der Arbeiter und Bauern konfrontieren, was dazu führen sollte, dass ihre Erfahrungen schließlich zum zentralen Thema des Kulturschaffens würden. Den Parteiführern schwebte eine Literatur vor, die frei von „Dekadenz“ und „Kosmopolitismus“ war, Entwicklungen, die sie besonders auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs beobachteten. Dort experimentierten westdeutsche Schriftsteller mit einer Reihe von Genres von Gedichten bis zu Hörspielen und kritisierten wiederholt den von ihnen wahrgenommenen Mangel an Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit sowie die unkritische Befürwortung des „Wirtschaftswunders“, der Wiederbewaffnung und des Antikommunismus seitens ihrer Regierung und Mitbürger.

Architektur und Design in Westdeutschland zeichneten sich durch einfache Linien und den Verzicht auf Ornamente aus. Designer und Kritiker schrieben „saubere“ Design (für Objekte, die von Schüsseln bis zu Stühlen reichten) in dem Versuch, eine moralische Erneuerung zu erreichen, eine Verbindung zurück zur Bauhaus-Tradition der Weimarer Republik zu schaffen und das Ansehen Deutschlands im Ausland zu rehabilitieren, erstaunliche Autorität zu. Da bestimmte Arten von Design mit bestimmten politischen Ansichten in Verbindung gebracht wurden, ist es nicht überraschend, dass der westdeutsche Design-Geschmack in der

Nachkriegszeit zum Gegenstand zahlreicher Meinungsumfragen wurde. Einige Beispiele ostdeutscher Architektur, besonders Repräsentativbauten, bedurften der Ornamentik, so auch die Stalinallee in Ost-Berlin, eine Prachtstraße, deren Zweck es war, die Leistungen des Staatssozialismus zu veranschaulichen. An anderen Orten bedeutete der Bau effizienten modernen Wohnraums eine Kostenminimierung. Da sie von den wirtschaftlichen und modischen Trends der Zeit bestimmt wurden, waren sowohl die Einrichtungsgegenstände als auch die Mode, die in den 1950er Jahren von Zeitschriften in Ost und West propagiert wurden, sich recht ähnlich. Während die ostdeutsche Planwirtschaft größere Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Konsumgütern hatte als ihr westdeutsches Gegenstück, feierten Medien und Politiker in beiden Staaten ein Wohlstandsniveau, welches jenes der Vorkriegsjahre überstieg.

Amerikanische Kulturimporte wurden ebenfalls zu Schlachtfeldern des Kalten Krieges. Anfangs reagierten westdeutsche Politiker und Kommentatoren empfindlich auf die ostdeutsche Behauptung, Westdeutschland werde von amerikanischen Filmen, Musik und Moden überrannt. Doch schon bald argumentierten die Westdeutschen, dass jugendliche Ausdrucksformen und die Begeisterung für den Rock'n Roll etwa Zeichen der westdeutschen Freiheit und des Wohlstands seien. Damit spielten sie gleichzeitig auf die Unterdrückung des „offenen“ Tanzens in Ostdeutschland an. Einigen ostdeutschen Jazzfans gelang es, diesen populären amerikanischen Musikstil zu verbreiten, indem sie argumentierten, er sei das Produkt des amerikanischen „Negerproletariats“, doch die ostdeutschen Behörden blieben skeptisch. In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre wurden sogar einige bekennende Jazz und Rock-Fans verhaftet. Im Gegensatz dazu erklärten Politiker in Westdeutschland den Jazz zur Musik der neuen Demokratie, wodurch er zu einem Teil des liberalen Konsenses während des Kalten Krieges wurde, der eine Verbindung zwischen ästhetischem Modernismus und westlichen politischen Modellen herstellte und jugendliche Rebellion eher als psychologisches Problem denn als politische Bedrohung betrachtete.

Politische und kulturelle Unterdrückung sowie wirtschaftliche Härte in der DDR und die Wahrnehmung größerer wirtschaftlicher Möglichkeiten in der Bundesrepublik veranlassten zwischen 1949 und 1961 mehr als 2,5 Millionen Ostdeutsche dazu, in den Westen abzuwandern. Die westdeutsche Regierung ermunterte zudem diese innerdeutsche Migration. Die Bundesrepublik stellte sich als Oase der Demokratie und des Wohlstands dar und gewährte anerkannten politischen Flüchtlingen besondere Unterstützung. Im Jahr 1961 war die ostdeutsche Führung derart besorgt über den Arbeitskräftemangel und ihr geschwächtes Image

als Arbeiterstaat, dass sie die Sowjetunion um Erlaubnis bat – und diese erhielt – die Berliner Mauer zu bauen. Der Bau der Mauer begann am 13. August 1961. Während ihrer 28-jährigen Existenz schränkte die Mauer den persönlichen Kontakt zwischen Ost- und Westdeutschland erheblich ein. Dieses Thema wird im nächsten Band, *Zwei deutsche Staaten 1961-1989*, ausführlich behandelt.

Volker Berghahn und Uta Poiger

Empfehlungen zur weiterführenden deutschen Literatur

a. Überblicksdarstellungen

Benz, Wolfgang. *Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland: Von der Bizone zum souveränen Staat*. München, 1986.

Grebing, Helga u.a. *Die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland 1945-1949*. 2 Bde. Stuttgart, 1980.

Hillgruber, Andreas. *Deutsche Geschichte 1945-1986: Die „deutsche Frage“ in der Weltpolitik*. Stuttgart, 1987.

Jaraus, Konrad H. *Die Umkehr: Deutsche Wandlungen 1945-1995*. München, 2004.

Junker, Detlef, Hg. *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945-1990: Ein Handbuch*. 2 Bde. Stuttgart, 2001.

Klessmann, Christoph. *Die doppelte Staatsgründung: Deutsche Geschichte 1945-1955*. Göttingen, 1982.

Schwarz, Hans-Peter. *Vom Reich zur Bundesrepublik: Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949*. Stuttgart, 1980.

Staritz, Dietrich. *Die Gründung der DDR*. München, 1987.

Schildt, Axel. *Ankunft Im Westen: Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik*. Frankfurt am Main, 1999.

Steininger, Rolf. *Deutsche Geschichte 1945-1961: Darstellung und Dokumente in zwei Bänden*. 2 Bde. Frankfurt am Main, 1983.

Weber, Hermann. *Die DDR 1945-1986*. München, 1993.

b. Spezialstudien zu Wirtschaft und Politik

Abelshäuser, Werner. *Die langen Fünfziger Jahre: Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949-1966*. Düsseldorf, 1987.

Abelshäuser, Werner. *Wirtschaft in Westdeutschland 1945-1948*. Stuttgart, 1978.

Adamsen, Heiner. *Investitionshilfe für die Ruhr: Wiederaufbau, Verbände und soziale Marktwirtschaft 1948-1952*. Wuppertal, 1981.

Bald, Detlev. *Die Atombewaffnung der Bundeswehr: Militär, Öffentlichkeit und Politik in der Ära Adenauer*. Bremen, 1994.

Balfour, Michael. *Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945-1946*. Düsseldorf, 1959.

Berghahn, Volker. *Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik*. Frankfurt am Main, 1985.

Bösch, Frank. *Die Adenauer-CDU: Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945-1969*. Stuttgart, 2001.

Broszat, Martin, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller, Hg. *Von Stalingrad zur Währungsreform: Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*. München, 1988.

Buchheim, Christoph. *Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945-1958*. München, 1990.

Cornelsen, Doris, u.a., Hg. *Handbuch DDR-Wirtschaft*. Reinbek, 1977.

Edinger, Lewis J. *Kurt Schumacher: Persönlichkeit und politisches Verhalten*. Opladen, 1967.

Erdmenger, Klaus. *Das folgenschwere Missverständnis: Bonn und die sowjetische Deutschlandpolitik 1949-1955*. Freiburg, 1967.

Erker, Paul, Hg. *Rechnung für Hitlers Krieg: Aspekte und Probleme des Lastenausgleichs*. Heidelberg, 2004.

Foschepoth, Josef, Hg. *Kalter Krieg und deutsche Frage: Deutschland im Widerstreit der Mächte*. Göttingen, 1985.

Frei, Norbert. *Vergangenheitspolitik: die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. München, 1997.

Fürstenau, Justus. *Entnazifizierung: Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik*. Neuwied, 1969.

Goschler, Constantin. *Schuld und Schulden: Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945*. Göttingen, 2005.

Gosewinkel, Dieter. *Einbürgern und Ausschließen: Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland*. Göttingen, 2001.

- Grabbe, Hans-Jürgen. *Unionsparteien, Sozialdemokratie und die Vereinigten Staaten von Amerika 1945-1966*. Düsseldorf, 1983.
- Grimm, Siegfried. *...der Bundesrepublik treu zu dienen: Die geistige Führung der Bundeswehr*. Düsseldorf, 1970.
- Hoffmann, Dierk. *Aufbau und Krise der Planwirtschaft: Die Arbeitskräftelenkung in der SBZ/DDR 1945 bis 1963*. München, 2002.
- Jenke, Manfred. *Verschwörung von Rechts? Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945*. Berlin, 1961.
- Jerchow, Friedrich. *Deutschland in der Weltwirtschaft 1944-1947: Alliierte Deutschland- und Reparationspolitik und die Anfänge der westdeutschen Außenwirtschaft*. Düsseldorf, 1978.
- Jesse, Eckhard. *Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik: Die beiden deutschen Staaten im Vergleich*. Berlin, 1980.
- Jungblut, Michael. *Die Reichen und Superreichen in Deutschland*. Reinbek, 1973.
- Knütter, Hans-Helmuth. *Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland: Eine Studie über die Nachwirkungen des Nationalsozialismus*. Bonn, 1961.
- Koop, Volker. *Kein Kampf um Berlin? Deutsche Politik zur Zeit der Berlin-Blockade 1948/49*. Bonn, 1998.
- Koszyk, Kurt. *Pressepolitik für Deutsche 1945-1949*. Berlin, 1986.
- Krieger, Wolfgang. *Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik*. Stuttgart, 1987.
- Lindenberger, Thomas. *Volkspolizei: Herrschaftspraxis und Öffentliche Ordnung Im SED-Staat 1952-1968*. Köln, 2003.
- Loewenberg, Gerhard. *Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik*. Tübingen 1969.
- Loth, Wilfried. *Stalins ungeliebtes Kind: Warum Moskau die DDR nicht wollte*. Berlin, 1994.
- Mahncke, Dieter. *Berlin im geteilten Deutschland*. München, 1973.
- Meuschel, Sigrid. *Legitimation und Parteiherrschaft: Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989*. Frankfurt am Main, 1992.
- Mosen, Wido. *Bundeswehr – Elite der Nation? Determinanten und Funktionen elitärer Selbsteinschätzungen von Bundeswehrsoldaten*. Neuwied, 1970.
- Nützenadel, Alexander. *Stunde der Ökonomen: Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949-1974*. Göttingen, 2005.

- Pirker, Theo. *Die SPD nach Hitler: Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*. München, 1965.
- Pross, Christian. *Wiedergutmachung: Der Kleinkrieg gegen die Opfer*. Frankfurt am Main, 1988.
- Radkau, Joachim. *Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945-1975*. Reinbek, 1983.
- Reusch, Ulrich. *Deutsches Berufsbeamtentum und britische Besatzung: Planung und Politik 1943-1947*. Stuttgart, 1985.
- Rupieper, Hermann-Joseph. *Der besetzte Verbündete*. Opladen, 1991.
- Schwarz, Hans-Peter. *Adenauer*. 2 Bde. Stuttgart, 1986/91.
- Spotts, Frederic. *Kirchen und Politik in Deutschland*. Stuttgart, 1976.
- Stern, Carola. *Ulbricht: Eine politische Biographie*. Köln, 1964.
- Thoß, Bruno, Hg. *Volksarmee schaffen – ohne Geschrei! Studien zu den Anfängen einer verdeckten Aufrüstung in der SBZ/DDR 1947-1952*. München, 1994.
- Weinke, Annette. *Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland: Vergangenheitsbewältigung 1949-1969 oder: eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im kalten Krieg*. Paderborn, 2002.
- Weisbrod, Bernd, Hg. *Akademische Vergangenheitspolitik: Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit*. Göttingen, 2002.
- Werkentin, Falco. *Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht*. Berlin, 1995.

c. Spezialstudien zu Gesellschaft und Kultur

- Barthel, Manfred. *So war es wirklich: Der deutsche Nachkriegsfilm*. München, 1986.
- Bauerkämper, Arnd, Martin Sabrow und Bernd Stöver, Hg. *Doppelte Zeitgeschichte: Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990*. Bonn, 1998.
- Bessel, Richard und Ralph Jessen, Hg. *Die Grenzen der Diktatur: Staat und Gesellschaft in der DDR*. Göttingen, 1996.
- Boldorf, Marcel. *Sozialfürsorge in der SBZ/DDR 1945-1953: Ursachen, Ausmaß und Bewältigung der Nachkriegsarmut*. Stuttgart, 1998.
- Danyel, Jürgen, Hg. *Die geteilte Vergangenheit: Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten*. Berlin, 1995.
- Delille, Angela, et al., Hg. *Perlon-Zeit: Wie die Frauen ihr Wirtschaftswunder erlebten*. Berlin, 1985.

Dietrich, Susanne. *Zwischen Selbstorganisation und Stigmatisierung: Die Lebenswirklichkeit Jüdischer Displaced Persons und die neue Gestalt des Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft*. Stuttgart, 1998.

Dubiel, Helmut. *Niemand ist frei von der Geschichte: Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages*. München, 1999.

Erker, Paul. *Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft: Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943-1953*. Stuttgart, 1990.

Füssl, Karl-Heinz. *Die Umerziehung der Deutschen: Jugend und Schule unter den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs 1945-1955*. Paderborn, 1994.

Glaser, Hermann. *Deutsche Kultur 1945-2000: Ein historischer Überblick von 1945 bis zur Gegenwart*. München, 1997.

Herf, Jeffrey. *Zweierlei Erinnerung: Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland*. Berlin, 1998.

Hodenberg, Christina von. *Konsens und Krise: Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945-1973*. Göttingen, 2006.

Jarausach, Konrad H., und Hannes Siegrist, Hg. *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970*. Frankfurt am Main, 1997.

Kaminsky, Annette. *Illustrierte Konsumgeschichte der DDR*. Erfurt, 1999.

Königseder, Angelika. *Lebensmut im Wartesaal: Die Jüdischen DPs (Displaced Persons) im Nachkriegsdeutschland*. Frankfurt am Main, 1994.

Lindenberger, Thomas, Hg. *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur: Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR*. Köln, 1999.

Maase, Kaspar. *BRAVO Amerika: Erkundungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren*. Hamburg, 1992.

Merkel, Ina. *...und Du, Frau an der Werkbank: Die DDR in den 50er Jahren*. Berlin, 1990.

Meyer, Sibylle, und Eva Schulze. *Wie wir das alles geschafft haben: Alleinstehende Frauen berichten über ihr Leben nach 1945*. München, 1985.

Moeller, Robert G. *Geschützte Mütter: Frauen und Familien in der westdeutschen Nachkriegspolitik*. München, 1997.

Naumann, Klaus, Hg. *Nachkrieg in Deutschland*. Hamburg, 2001.

Neumann, Vera. *Nicht der Rede wert: Die Privatisierung der Kriegsfolgen in der frühen Bundesrepublik*. Münster, 1999.

Niehuss, Merith. *Familie, Frau und Gesellschaft: Studien zur Strukturgeschichte der Familie in Westdeutschland 1945-1960*. Göttingen, 2001.

Niethammer, Lutz. *Deutschland danach: Postfaschistische Gesellschaft und nationales Gedächtnis*. Bonn, 1999.

Niethammer, Lutz, Alexander von Plato und Dorothee Wierling. *Die volkseigene Erfahrung: Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR; 30 biografische Eröffnungen*. Berlin, 1991.

Oertzen, Christine von. *Teilzeitarbeit und die Lust am Zuverdienen: Geschlechterpolitik und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland 1948-1969*. Göttingen, 1999.

Overesch, Manfred. *Buchenwald und die DDR: Oder die Suche nach Selbstlegitimation*. Göttingen, 1995.

Plato, Alexander von. *Alte Heimat, Neue Zeit: Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR*. Berlin, 1991.

Röllli-Alkemper, Lukas. *Familie im Wiederaufbau: Katholizismus und bürgerliches Familienideal in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1965*. Paderborn, 2000.

Sabrow, Martin, Hg. *Geschichte als Herrschaftsdiskurs: Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR*. Köln, 2000.

Schildt, Axel. *Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90*. München, 2007.

Schildt, Axel. *Moderne Zeiten: Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre*. Hamburg, 1995.

Schildt, Alex, und Arnold Sywottek, Hg. *Modernisierung im Wiederaufbau: Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*. Bonn, 1998.

Schivelbusch, Wolfgang. *Vor dem Vorhang: Das geistige Berlin 1945-1948*. München, 1995.

Siepmann, Eckhard. *Bikini – die fünfziger Jahre: Kalter Krieg und Capri-Sonne; Fotos – Texte – Comics – Analysen*. Berlin, 1983.

Stadtland, Helke. *Herrschaft nach Plan und Macht der Gewohnheit: Sozialgeschichte der Gewerkschaften in der SBZ/DDR 1945-1953*. Essen, 2001.

Stern, Frank. *Im Anfang war Auschwitz: Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg*. Gerlingen, 1991.

Ther, Philipp. *Deutsche und polnische Vertriebene: Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945-1956*. Göttingen, 1998.

Weckel, Ulrike, und Edgar Wolfrum, Hg. *„Bestien“ und „Befehlsempfänger“: Frauen und Männer in NS-Prozessen nach 1945*. Göttingen, 2003.

Wierling, Dorothee. *Geboren Im Jahr Eins: Der Jahrgang 1949 in der DDR; Versuch einer Kollektivbiographie*. Berlin, 2002.

Wildt, Michael. *Am Beginn der „Konsumgesellschaft“: Mangelersahrung, Lebenshaltung, Wohlstandshoffnung in Westdeutschland in den fünfziger Jahren*. Hamburg, 1994.

Empfehlungen zur weiterführenden englischen Literatur

a. Überblicksdarstellungen

Balfour, Michael. *West Germany*. London, 1968.

Fulbrook, Mary. *The Divided Nation: A History of Germany, 1918-1990*. Oxford, 1992.

Grosser, Alfred. *The Federal Republic of Germany: A Concise History*. New York, 1964.

Jarausch, Konrad H. *After Hitler: Recivilizing Germans, 1945-1995*. New York, 2006.

Junker, Detlev, Hg., *The United States and Germany in the Era of the Cold War, 1945-1968: A Handbook*. New York, 2004.

Krisch, Henry. *The German Democratic Republic: The Search for Identity*. Boulder, CO, 1981.

Ross, Corey. *The East German Dictatorship: Problems and Perspectives in the Interpretation of the GDR*. London, 2002.

b. Spezialstudien zu Wirtschaft und Politik

Ahonen, Pertti. *After the Expulsion: West Germany and Eastern Europe, 1945-1990*. Oxford, 2003.

Backer, John H. *Priming the German Economy: American Occupational Policies, 1945-1948*. Durham, NC, 1971.

Baring, Arnulf. *The Uprising in East Germany*. Ithaca, NY, 1972.

Berghahn, Volker R. *The Americanization of West German Industry, 1945-1973*. New York, 1986.

Boehling, Rebecca. *A Question of Priorities: Democratic Reform and Economic Recovery in Postwar Germany*. New York, 1996.

Braunthal, Gerard. *The Federation of German Industry in Politics*. Ithaca, NY, 1965.

Burr, William, Hg. *The Berlin Crisis, 1958-1962*. Alexandria, VA, 1991.

Childs, David. *From Schumacher to Brandt: The Story of German Socialism, 1945-1965*. Oxford, 1966.

Dockrill, Saki, Hg. *Controversy and Compromise: Alliance Politics between Great Britain, the Federal Republic of Germany, and the United States of America, 1945-1967*. Bodenheim, 1998.

Eisenberg, Carolyn. *Drawing the Line: The American Decision to Divide Germany, 1944-1949*. New York, 1996.

Epstein, Catherine. *The Last Revolutionaries: German Communists and Their Century*. Cambridge, MA, 2003.

Farquharson, John. *The Western Allies and the Politics of Food: Agrarian Management in Postwar Germany*. Leamington Spa, UK, 1985.

Feldman, Lily Gardner. *The Special Relationship between West Germany and Israel*. Boston, 1984.

FitzGibbon, Constantine. *Denazification*. London, 1969.

Frei, Norbert. *Adenauer's Germany and the Nazi Past: The Politics of Amnesty and Integration*. New York, 2002.

Granieri, Ronald. *Ambivalent Alliance: Konrad Adenauer, the CDU/CSU and the West, 1949-1966*. New York, 2004.

Gray, William G. *Germany's Cold War: The Global Campaign to Isolate East Germany, 1949-1969*. Chapel Hill, NC, 2003.

Hanrieder, Wolfram F., Hg. *West German Foreign Policy, 1949-1979*. Boulder, CO, 1980.

Kelleher, Katherine. *Germany and the Politics of Nuclear Weapons*. New York, 1975.

Kramer, Alan. *The West German Economy, 1945-1955*. New York, 1991.

Landsman, Mark. *Dictatorship and Demand: East Germany between Productivism and Consumerism*. Cambridge, MA, 2005.

Large, David C. *Germans to the Front: West German Rearmament in the Adenauer Era*. Chapel Hill, NC, 1996.

Leonhard, Wolfgang. *Child of the Revolution*. London, 1956.

Major, Patrick. *The Death of the KPD: Communism and Anti-Communism in West Germany, 1945-1956*. Oxford, 1997.

Milosch, Mark. *Modernizing Bavaria: The Politics of Franz Joseph Strauß and the CSU, 1949-1969*. New York, 2006.

Moeller, Robert G. *Protecting Motherhood: Women and the Family in the Politics of Postwar West Germany*. Berkeley, CA, 1993.

Naimark, Norman. *The Russians in Germany: A History of the Soviet Zone of Occupation, 1945-1949*. Cambridge, MA, 1995.

- Nettl, J. P. *The Eastern Zone and Soviet Policy in Germany, 1945-1950*. Oxford, 1951.
- Nicholls, Anthony J. *Freedom with Responsibility: The Social Market Economy in Germany, 1918-1963*. Oxford, 1994.
- Ninkovich, Frank. *Germany and the United States: The Transformation of the German Question since 1945*. New York, 1995.
- Paterson, William E. *The SPD and European Integration*. Lexington, MA, 1974
- Pridham, Geoffrey. *Christian Democracy in Western Germany: The CDU/CSU in Government and Opposition 1945-1976*. London, 1977.
- Sandford, G.W. *From Hitler to Ulbricht: The Communist Reconstruction of East Germany, 1945-46*. Princeton, NJ, 1983.
- Schwartz, Thomas A. *America's Germany: John J. McCloy and the Federal Republic of Germany*. Cambridge, MA, 1991.
- Schwarz, Hans-Peter. *Adenauer*. 2 Bde. Providence, RI, 1995-97.
- Spaulding, Mark. *Osthandel and Ostpolitik: German Foreign Trade Policies in Eastern Europe from Bismarck to Adenauer*. New York, 1997.
- Speier, Hans, Hg. *German Rearmament and Atomic Warfare*. Evanston, IL, 1957.
- Spicka, Mark. *Selling the Economic Miracle: Economic Reconstruction and Politics in West Germany, 1949-1957*. New York, 2007.
- Spiro, Henry J. *The Politics of German Codetermination*. Cambridge, MA, 1958.
- Stern, Carola. *Ulbricht*. London, 1965.
- Tauber, Kurt P. *Beyond Eagle and Swastika: German Nationalism since 1945*. 2 Bde. Middletown, CT, 1967.
- Tent, James. *Mission on the Rhine: Reeducation and Denazification in American-occupied Germany*. Chicago, 1983.
- Van Hook, James C. *Rebuilding Germany: The Creation of the Social Market Economy, 1945-1957*. Cambridge, 2004.
- Vogt, Timothy R. *Denazification in Soviet-occupied Germany: Brandenburg, 1945-1948*. Cambridge, MA, 2000.
- Wallich, Henry C. *The Mainsprings of the German Revival*. New Haven, CT, 1955.
- Wiesen, Jonathan S. *West German Industry and the Challenge of the Nazi Past, 1945-1955*. Chapel Hill, NC, 2001.

Windsor, Philip. *German Reunification*. London, 1969.

c. Spezialstudien zu Gesellschaft und Kultur

Allan, Sean und John Sanford, Hg. *DEFA: East German Cinema, 1946-1992*. New York, 1999.

Bathrick, David. *The Powers of Speech: The Politics of Culture in the GDR*. Lincoln, NB, 1995.

Betts, Paul. *The Authority of Everyday Objects: A Cultural History of West German Industrial Design*. Berkeley, 2004.

Biess, Frank. *Homecomings: Returning POWs and the Legacies of Defeat in Postwar Germany*. Princeton, NJ, 2006.

Brenner, Michael. *After the Holocaust: Rebuilding Jewish Lives in Postwar Germany*. Princeton, NJ, 1997.

Carter, Erica. *How German Is She? Postwar West German Reconstruction and the Consuming Woman*. Ann Arbor, MI, 1997.

Crew, David, Hg. *Consuming Germany in the Cold War*. Oxford, 2003.

Davidson, John and Sabine Hake, eds. *Framing the 1950s*. New York, 2007.

Demetz, Peter. *Postwar German Literature: A Critical Introduction*. New York, 1972.

Diehl, James M. *The Thanks of the Fatherland: German Veterans after the Second World War*. Chapel Hill, NC, 1993.

Fehrenbach, Heide. *Race after Hitler: Black Occupation Children in Postwar Germany and America*. Princeton, NJ, 2006.

Fehrenbach, Heide. *Cinema in Democratizing Germany: Reconstructing National Identity after Hitler*. Chapel Hill, NC, 1995.

Feinstein, Joshua. *The Triumph of the Ordinary: Depictions of Daily Life in the East German Cinema, 1949-1989*. Chapel Hill, NC, 2002.

Fulbrook, Mary. *People's State: East German Society from Hitler to Honecker*. New Haven, CT, 2005.

Glaser, Hermann. *The Rubble Years: The Cultural Roots of Postwar Germany*. New York, 1986.

Goedde, Petra. *GIs and Germans: Culture, Gender and Foreign Relations, 1945-1949*. New Haven, CT, 2003.

Harsch, Donna. *Revenge of the Domestic: Women, the Family, and Communism in the German Democratic Republic*. Princeton, NJ, 2007.

- Hayse, Michael. *Recasting West German Elites: Higher Civil Servants, Business Leaders and Physicians in Hesse between Nazism and Democracy, 1945-1955*. New York, 2003.
- Heineman, Elizabeth D. *What Difference Does a Husband Make? Women and Marital Status in Nazi and Postwar Germany*. Berkeley, CA, 1999.
- Herf, Jeffrey. *Divided Memory: The Nazi Past in the Two Germanys*. Cambridge, MA, 1997.
- Herzog, Dagmar. *Sex after Fascism: Memory and Morality in Twentieth-century Germany*. Princeton, NJ, 2005.
- Hockenos, Matthew D. *A Church Divided: German Protestants Confront the Nazi Past*. Bloomington, IN, 2004.
- Höhn, Maria. *GIs and Fräuleins: The German-American Encounter in 1950s West Germany*. Chapel Hill, NC, 2002.
- Hughes, Michael L. *Shouldering the Burden of Defeat: West Germany and the Reconstruction of Social Justice*. Chapel Hill, NC, 1999.
- Kolinsky, Eva. *Women in Contemporary Germany: Life, Work and Politics*. Providence, RI, 1989.
- Mankowitz, Zeev W. *Life between Memory and Hope: The Survivors of the Holocaust in Occupied Germany*. Cambridge, 2002.
- Marcuse, Harold. *Legacies of Dachau: The Uses and Abuses of a Concentration Camp, 1933-2001*. Cambridge, 2001.
- Moeller, Robert G. *War Stories: The Search for a Usable Past in the Federal Republic of Germany*. Berkeley, CA, 2001.
- Moeller Robert G., Hg. *West Germany under Construction: Politics, Society, and Culture in the Adenauer Era*. Ann Arbor, MI, 1997.
- Moeller, Robert G. *Protecting Motherhood: Women and the Family in the Politics of Postwar West Germany*. Berkeley, CA, 1993.
- Moltke, Johannes von. *No Place Like Home: Locations of Heimat in German Cinema*. Berkeley, CA, 2005.
- Oertzen, Christine von. *The Pleasure of a Surplus Income: Part-time Work, Gender Politics, and Social Change in West Germany, 1955-1969*. New York, 2007.
- Poiger, Uta G. *Jazz, Rock and Rebels: Cold War Politics and American Culture in a Divided Germany*. Berkeley, CA, 2000.
- Pommerin, Reiner, Hg. *The American Impact on Postwar Germany*. New York, 1996.
- Pross, Christian. *Paying for the Past: The Struggle over Reparations for Surviving Victims of the Nazi Terror*. Baltimore, MD, 1998.

Mark E. Ruff, *The Wayward Flock. Catholic Youth in Postwar German West Germany, 1945-1965*. Chapel Hill, NC, 2005.

Schissler, Hanna, Hg. *The Miracle Years: A Cultural History of West Germany, 1949-1968*. Princeton, NJ, 2001.

Schivelbusch, Wolfgang. *In a Cold Crater. Cultural and Intellectual Life in Berlin, 1945-1948*. Berkeley, CA, 1998.

Spotts, Frederic. *Churches and Politics in Germany*. Middletown, CT, 1973.

Stern, Frank. *The Whitewashing of the Yellow Badge: Antisemitism and Philosemitism in Postwar Germany*. Oxford, 1992.

Williams, Rhys W., Colin Riordan, und Stephen Parker, Hg. *German Writers and the Cold War 1945-61*. Manchester, 1992.